

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4468

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4468



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Der aktuelle Freitags-Kommentar
vom 15. September 2023

Machen Sie mit:

>> [Spenden](#)

>> [Schweizerzeit-Magazin abonnieren](#)

Die SVP als alleinige Taktgeberin in der Migrationsdebatte

Sie kommen in Scharen und bleiben

von Andreas Glarner, Nationalrat, Oberwil-Lieli AG

Was sich in diesen Tagen in Lampedusa abspielt, spottet jeder Beschreibung. Jeden Tag gelangen unzählige Boote mit insgesamt Tausenden von reinen Wirtschaftsflüchtlingen dorthin.

Allein am 12. September 2023 kamen über fünftausend Migranten mit Booten übers Meer. Unaufhaltsam wie ein Lava-Strom – und für Europa mindestens genau so verheerend und vernichtend.

Dieses Jahr sind gemäss UNHCR per 10. September 2023 bereits 165'669 Menschen übers Mittelmeer nach Europa gekommen – nur schon Italien musste 115'037 Migranten unfreiwillig empfangen.

Davon sind rund 72 Prozent junge Männer. Zudem befinden sich auch unter den aufgeführten «Kindern» viele über Achtzehnjährige, welche sich als sogenannte «UMAs» – also «Unbegleitete Minderjährige Asylbewerber» ausgeben und so versuchen, ein Bleiberecht zu erhalten.

Jetzt stoppen – sonst verliert Europa!

Europa ist gut beraten, diese Welle zu stoppen. Italien darf mit diesem Problem nicht allein gelassen werden. Ob möglicherweise eine Agenda dahintersteckt, ist nicht relevant. Die Bevölkerung Afrikas wächst alle zwölf Tage um eine Million Menschen. Diese Zahl stammt nicht von der SVP, sondern vom UNHCR, dem Uno-Flüchtlingswerk. Wird man sich dieser schieren Zahl bewusst, dann wird einem schlagartig klar, dass wir das Problem nicht in Europa, sondern in Afrika lösen müssen.

Der deutsche Bestseller-Autor Thilo Sarrazin schreibt in seinem Buch «Der Staat an seinen Grenzen»:

«Die 1954 in Kraft getretene Genfer Flüchtlingskonvention galt ursprünglich nur für Europa. Erst 1967 wurde sie durch das ergänzende <Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge> auf die ganze Welt ausgedehnt (interessanterweise ist die Tür-

kei dem ergänzenden Protokoll nicht beigetreten). Es erscheint unbedingt sinnvoll, dass für Flüchtlinge möglichst nah an den ursprünglichen Siedlungsgebieten gesorgt wird. Entsprechend sollte die Genfer Flüchtlingskonvention geändert werden. Es bestünde dann noch eine Pflicht für europäische Staaten, die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge anderer Kontinente mitzufinanzieren, nicht aber, sie auf dem eigenen Gebiet aufzunehmen.»

Dem ist eigentlich nichts beizufügen. Ausser, dass die SVP noch weitere Lösungsvorschläge unterbreitet hat, welche von unserem von Gutmenschen und Weichsinnigen durchseuchten Parlament natürlich allesamt abgelehnt wurden.

Asylrecht aussetzen

Als schnelle und auch zulässige Reaktion muss das Asylrecht vorübergehend ausgesetzt werden. Der Grenzschutz muss verstärkt werden, damit unmissverständlich klar ist, dass man in Europa als reiner Wirtschaftsmigrant kein Asyl mehr bekommen wird. Diese Botschaft werden alle Ausreisewilligen Afrikas und weiterer Länder verstehen.

Die Verfahren sind in Transiträumen oder noch besser in Drittstaaten abzuhalten. Wer weiss, dass er die Festung Europa nicht überwinden kann, wird auch keinem Schlepper mehr Geld bezahlen.

Geldüberweisungen stoppen

Wenn wir zudem noch die Geldüberweisungen von Asylbewerbern in ihre Heimatstaaten verbieten, wird auch weniger Geld vorhanden sein, um Schlepper zu bezahlen.

Allein Ägypten erhält von seinen Landsleuten im Ausland die unglaubliche Summe von 25 Milliarden US-Dollar – dies entspricht etwa zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) dieses Landes! Bei Eritrea, welches aus naheliegenden Gründen keine Angaben macht, dürften die Überweisungen sogar über zehn Prozent des BIP betragen.

Die erste Aufgabe des Staates: Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger

Die durch Asylbewerber verübte Kriminalität kennt bald keine Grenzen mehr. Nahezu täglich lesen wir von schweren und schwersten Delikten – allesamt durch Asylbewerber verübt. Wir Schweizerinnen und Schweizer müssen Schutz suchen vor den angeblich «Schutzsuchenden».

Ein paar Beispiele gefällig?

Basel: Asylant vergewaltigt Frau. – Bülach: Betrunkener Asylant will Frau zum Sex nötigen und setzt sie anschliessend im Wald aus. – Zürich: Ein Nordafrikaner soll eine Frau äusserst brutal vergewaltigt haben. – Zürich: Ein Kosovare sticht mit einem Klappmesser dreimal gegen den Kopf eines Clubbesuchers. – Goldau: Nordafrikaner räumen Geschäfte leer. – St. Gallen: Afghane bricht Auto auf. – Zürich: Ein Angolaner

und ein Guineer stechen Sicherheitsmitarbeiter nieder. – St. Gallen: Eritreer bricht in Coiffeursalon ein. – Baden: Asylbewerber brechen in Haus ein...

Diese Liste wird jeden Tag länger – und die Politik handelt nicht. Schön, dass der SP-Ständerat Carlo Sommaruga unlängst einen Rabatt für Erst-Vergewaltiger forderte...

Auswirkungen auf die Schweiz

Schaut man die Hitländer der Zuwanderung auf der Asylschiene an, so wird einem schnell klar: Die Schweiz kann eine solche Zuwanderung von Ungebildeten, Unangepassten und meist testosterongesteuerten männlichen Zuwanderern nicht verkraften.

Denn Integration ist bekanntlich eine Frage der Menge – und auch der Fähigkeit und des Willens der Zuzüger – oder besser Invasoren.

Per 31. Mai 2023 tummelten sich in der Schweiz 16'731 Afghanen, 8'700 Eritreer, 7'298 Syrer, 5'463 Türken, 2'553 Iraker und 2'662 Somalier: Wohlverstanden, dies sind nur diejenigen im Asylprozess!

Wer sich in Asmara – der Hauptstadt Eritreas – in einen Bus Richtung Norden setzt, hat eine Chance von über 85 Prozent, bei uns zwar nicht unbedingt Asyl, aber mindestens «vorläufige Aufnahme» zu erhalten – was einem Bleiberecht gleichkommt. Die Schweiz hat eine faktische Personenfreizügigkeit mit Eritrea – welche allerdings sehr einseitig benutzt wird. Es befinden sich nämlich bereits 34'595 Eritreer mit dem Status B und C bei uns. Und rund 2'500 wurden bereits eingebürgert.

Die Auswirkungen auf unser Sozialsystem sind ruinös. Jeder dritte Afrikaner in der Schweiz bezieht Sozialhilfe – Tendenz steigend. Unsere Schulen kollabieren zusehends. In zahlreichen Schulhäusern versucht man händeringend, wenigstens etwas Bildung zu vermitteln. Unter dem ungehinderten Zuzug von bildungsfernen Migrant*innen leiden unsere Kinder. Man raubt ihnen die Chance auf eine vernünftige Bildung.

Schengen kündigen – Grenzen selbst schützen

Die Schweiz darf sich nicht auf die Abkommen Schengen und Dublin verlassen. Im Gegenteil – sie muss ihre Sicherheit wieder selbst in die Hand nehmen. Deutschland macht es vor: Es hat bereits angekündigt, auf Asylgesuche von Personen, die via Italien nach Deutschland kommen, nicht mehr einzutreten.

Mit der Einführung von Grenzkontrollen, der Einrichtung von Transiträumen und der konsequenten Rückweisung von Personen, welche über sichere Drittstaaten zu uns kommen, bekommen wir die Lage wieder in den Griff. Die sozialdemokratische Regierung in Dänemark verschreibt sich seit einigen Jahren erfolgreich dieser Praxis.

Andreas Glarner